

DIE POLITISCHE WIRKLICHKEIT EINER IDEE

Eine Verteidigung Europas gegen die intellektuelle Skepsis

Volker GERHARDT

1. Die angeblich fehlenden Ideen

Für viele scheint es eine enttäuschende Erfahrung zu sein, daß endlich einmal etwas Langersehntes Realität zu werden beginnt. Wovon, so fragen sie sich offenbar, soll man noch träumen, wenn der Traum zum Alltag wird? Und es ist nicht ohne tiefere Ironie, daß es die *Intellektuellen* sind, die beharrlich wünschen festhalten, ihre Vorstellung solle weiterhin *bloße* Vorstellung sein. Solange etwas bloß im Kopf existiert, haben sie jedenfalls die volle Verfügung darüber. Die Realität ist augenscheinlich ihre Domäne nicht.

Zu diesem Eindruck muß man kommen, wenn man das gegenwärtige Verhältnis der Literaten und Philosophen zu Europa betrachtet. Je näher die für die politische Verwirklichung der Einheit entscheidende Währungsunion kommt, um so lauter warnen sie vor voreiligen Schritten. Nun ist es ihnen nicht geheuer, daß der Prozeß der europäischen Einigung längst die Form einer administrativer Automatik angenommen hat und die *Ideen* und *Visionen* derzeit keine Rolle mehr spielen. Die Prinzipien des Rechts, der Stabilität und des wechselseitigen Respekts sind zu *Kriterien* geworden, deren Erfüllung sich in Prozentpunkten ausdrückt. Und nun, wo es nur noch um die Kriterien der wirtschaftlichen Leistungsbilanz geht, treten plötzlich die Mahner und Warner auf, und beklagen – die angeblich fehlenden *Ideen*!

Statt erleichtert zu sein, daß in Europa endlich einmal eine *Idee* so wirksam geworden ist, daß es jetzt nur noch um ihre institutionelle Umsetzung und Absicherung geht, wird mit sonorer Verantwortlichkeit zur Verschiebung der Einigung geraten. Europa, so hat sich im Sommer der ehemaliger Verfassungsrichter Ernst-

Wolfgang Böckenfoerde vernehmen lassen,¹ müsse erst „Klarheit über sich selbst“ gewinnen; es müsse sein „Raumbild“ (!) und seine „Integrationsziele“ klären; die *Ökonomie* dürfte nicht zum „Motor der Integration“ werden; aus der „ökonomischen Falle“ könne nur die „Kultur“ einen Ausweg weisen; sie habe die Führung zu übernehmen. Ergo: Solange keine neuen *Ideen* ausgegeben sind, darf auch der Euro nicht kommen.

2. Eine große Tradition

Es fällt wahrhaftig nicht leicht, den sachlichen Kern solcher Warnungen auszumachen. Europa besteht seit über 2000 Jahren aus nichts anderem als aus Ideen! Seit die schöne Jungfrau Europa von dem zum Stier verwandelten Zeus von der phönizischen Küste weit über das Meer an die Gestade der griechischen Inselwelt entführt wurde (ein unwahrscheinlicher Vorgang, der in der Deutlichkeit, zu der nur die Mythologie fähig ist, die *Gegensätze* symbolisiert, aus deren Verbindung hier das *Neue* entspringen soll), seit also der zum Landtier verwandelte Gott die junge menschliche Schönheit auf den Nacken genommen hat, um sie durchs Wasser der ungestörten Paarung zuzuführen, ist Europa nur ein *geographischer Begriff*. Und wenn er mehr bedeutete, dann war er auf keinen Fall mehr als eine *Idee*.

So war es in Herodots Abgrenzung gegenüber Afrika und so war es im ersten Widerstand der Griechen gegen die Perser; so verstanden es Isokrates und später auch die Geschichtsschreiber der römischen Republik; so wurde es aber in der weit über die geographischen und kulturellen Grenzen Europas hinausgreifenden Politik Alexanders und des ersten römischen Kaisers Augustus auch schnell wieder vergessen. Vielleicht hat es unter Claudius und zwei Generationen später unter Trajan kurze Perioden gegeben, in denen Europa ein wenig mehr bedeutet hat. Durch eine großzügige Bürgerrechts- und Urbanisierungspolitik in Britannien (43 n. Chr.) und Dakien (das heutige Rumänien, 106 n. Chr.) gab es bereits ein Stück europäischer Realpolitik. Aber dann war auch die Idee wieder vergessen, und sie wurde selbst durch den Reichsgedanken Karls des Großen nicht wiederbelebt. Das Reich und der Kaiser – alsbald in produktiver Opposition zu den Herrschaftsansprüchen des Papstes – haben dann zwar wesentlich dazu beigetragen, daß die Inhalte entstanden, die noch heute für den europäischen Gedanken wesentlich sind; aber Europa als Idee hat in der langen Epoche des Mittelalters keine Rolle gespielt. Das änderte sich erst mit den religiösen und nationalen Gegensätzen, die seit dem 15. Jahrhundert die kulturell zusammengewachsene geographische Einheit politisch zu zersprengen drohten.

Man muß sich vorstellen, was da innerhalb weniger Jahrzehnte geschehen ist: Die Einheit des Christentum beginnt sich zu zersetzen, mit Mühe und Not wird auf dem Konzil zu Basel, wo erstmals nach „Nationen“ abgestimmt wird, ein letzter Kompromiß gefunden; aber das Johannes Hus gegebene Wort ist gebrochen und sein

Scheiterhaufen ist das Fanal für die Glaubensspaltung, die mit Luther nur endgültig wird. 1453 wird Konstantinopel von den Türken erobert, die rasch auf den Balkan vordringen und eine religiöse und politische Gefährdung just in dem Augenblick bringen, in dem die europäischen Kulturen mit dem mechanischen Buchdruck ein sie im großen Stil vereinigende Medium erfinden. Ab 1450 erobern die Druckschriften den deutschen Raum; 1468 sind die ersten deutschen Drucker (als Gastarbeiter) bereits in Spanien tätig. Der durch die Hanse erschlossene Wirtschaftsraum weitet sich schlagartig durch die gesicherten See- und Landwege in den asiatischen und afrikanischen Raum; zunächst profitieren vornehmlich Venedig, Florenz, Genua und Rom; dann aber folgt die Entdeckung Amerikas und das auf den Weltkarten immer mehr zusammenschrumpfende Europa wird zum Zentrum eines den Globus umspannenden Handels.

Macht und Reichtum aber sind durch die Uneinigkeit im Inneren gefährdet. Und so entsteht aus der den Überfluß bedrohenden inneren Zerrissenheit der Gedanke einer politischen Einheit, die dem gemeinsamen kulturellen Bestand Verlässlichkeit und Sicherheit geben kann. Es ist die große Leistung der Humanisten des 15. und 16. Jahrhunderts dafür mit einer Idee geworben zu haben, die nicht nur auf das in Uneinigkeit zerrfallende *Christentum*, sondern wesentlich auch auf die *antike Erbschaft* gegründet war. Sie basierte keineswegs auf der Phantasmagorie einer begnadeten Überlegenheit, hatte keinen Heros eines europäischen "Übermenschen" zum Wappentier. Ihr lag ganz einfach die Vorstellung von dem *tätigen, sich selbst bildenden Menschen* zugrunde, der die europäische Kultur als Erbe begreifen kann, das sich im Prinzip jeder erwerben kann und das überall auf der Welt produktiv gemacht werden kann.

Seit dieser Zeit ist Europa eine *Idee*, ja, eine *große Idee*, und es ist ein Wunder, daß sie in den fortgesetzten Katastrophen der religiösen und nationalen Kriege und eines vom Wahn der Ideologien stimulierten Weltkriegs trotzdem noch nicht zuschanden geworden ist. Und diese nach der Erschütterung des 2. Weltkriegs endlich auch von den Politikern immer wieder beschworene Idee einer europäischen Einheit soll nun endlich ein Stück politischer Realität – und das heißt in diesem Fall *staatsförmiger Realität* werden. Jedem ist, trotz der auf der Konferenz von Amsterdam aufgetretenen Differenzen, klar, daß die Währungsunion nur das *Vorspiel zur politischen Union* sein kann. Kaum aber liegt das in greifbarer Nähe, da lassen die in anderen politischen Fragen so schweigsamen Sachwalter der Ideen plötzlich wieder von sich hören und treten als Warner, als Auguren des Untergangs (wenn nicht der Menschheit, so wenigstens der D-Mark) auf. Das ist eine durch und durch kuriose Situation, weil hier nicht nur ein Widerspruch in der Sache erkennbar ist, sondern ein tiefer *Selbstwiderspruch* der bloß auf den Geist gegründeten Eliten offenkundig wird.

3. Verständnis für die Sorgen

Natürlich versteht man die Sorge angesichts Neuen, das mit dem nächsten Schritt der europäischen Einigung auf uns zukommt: Ein weiterer Verzicht auf einzelstaatliche Souveränität, der damit verbundene Bedeutungsverlust nationaler Institutionen, die Freizügigkeit mit den schwer vorher berechenbaren Folgen für den Bildungssektor und den Arbeitsmarkt sowie die unbestreitbaren wirtschaftlichen Risiken müssen natürlich Befürchtungen auslösen. Und daß die immer noch so stark in ihre nationale Identität verliebten Franzosen und Engländer hier besonders anfällig sind, verstehen wir auch. Aber hätten sie – hätten *wir* – eine fraglos sichere Zukunft, wenn alles so bliebe, wie es ist?

Man versteht natürlich auch, daß die Politiker für die in Umlauf gebrachten Zweifel an Europa besonders empfänglich sind. Sie beziehen ihre Macht und ihr Ansehen aus der alten Ordnung und können nicht wissen, ob sie auch unter den neuen Bedingungen Mehrheiten finden. Überdies würden sie als erste für Pannen und Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht. Also tragen sie lieber Skepsis zur Schau, insbesondere dann, wenn sie in Maastricht und Amsterdam noch nicht selbst am Verhandlungstisch gesessen haben. Schließlich darf man nicht vergessen, daß offene Zukunftsfragen der wichtigste, aber auch der leichteste Stoff für Wahlkampfthemen sind.

Aber daß sich nun auch in Deutschland die Intellektuellen als Euroskeptiker profilieren, ist schon weniger verständlich. Erst recht, wenn sie die angeblich fehlenden *Ideen* einklagen. Denn was muß man nicht alles vergessen haben, um so auftreten zu können! Ist es so schwer, sich an die *Ideen* zu erinnern, die das europäische Einigungswerk von Anfang an geleitet haben? Sind der *Frieden*, die *Verständigung der Völker*, der *Schutz ihrer Kultur* so trivial geworden, daß sie heute nicht mehr zählen? Sind die Vorteile einer einheitlichen politischen Vertretung europäischer Interessen in der Welt nicht offenkundig? Haben wir nicht eine gelegentlich schon strikt angewandte europäische Charta der Menschenrechte? Eine europäische Kulturförderung und eine bereits zum Wasserkopf angeschwellenen europäische Wissenschaftsbürokratie? Kann man ernsthaft Ökonomie und Kultur so gegeneinander stellen, daß auf der einen der europäische Markt als „goldenes Kalb“ und auf der anderen die reinen *Ideen* wie die unberührte mythische „Jungfrau auf dem Stier“ figurieren? Ich erinnere nur an die Verschränkung von Ökonomie und Kultur bei der *Entstehung der humanistischen Idee* von Europa. Der ganze, uns heute so selbstverständlich gewordene Prozeß der *Autonomisierung der Künste*, vollzieht sich vom 16. Jahrhundert an auf der Grundlage eines abnormen Reichtums, den Wissenschaft, Technik und die von hier aus betriebene Kolonisierung, nach Europa bringen.

Doch man braucht nicht in die Geschichte auszuweichen: Allein am Vertragswerk von Maastricht ließe sich demonstrieren, wieviel *politische Kultur* nötig war, um soviel Abstimmung und Absprache zwischen so vielen Partnern möglich zu machen. Die *Ideen* sind zu *Elementen eines Verfahrens* geworden. Die europäischen Institutionen sind *realisierte politische Konzeptionen*, auf die sich inzwischen schon Generationen von Politikern und Verwaltungsbeamten in mühseliger Kleinarbeit verständigt haben. Wer das leugnet, will offenbar immer nur bei seinen Ideen bleiben, um nicht zuzulassen, daß sie die graue Farbe der Realität annehmen. Wer aber das Grau des politischen Alltags nicht fürchtet, sondern unter dem Anspruch der Ideen auch im alltäglichen Dasein weiterkommen will, der muß sie in dem Prozeß, in dem sie bereits wirksam sind, fortentwickeln. Wer aber jetzt noch einmal den Einsatz erhöht und ungerührt *neue Ideen* fordert, verlangt vermutlich auch ein anderes Verfahren. Da dies erst noch erfunden werden müßte, würde aus dem ökonomisch und politisch vereintes Europa die pure Utopie.² – Doch lassen wir die mit defekten Begriffen perfektionierte Vergeßlichkeit der Euroskeptiker auf sich beruhen. Sie haben offenbar *andere Ideen* von Europa und sprechen daher dem Europa, das sie nicht wollen, die *Ideen* ab. Das aber ist eine kuriose Verkehrung der Realität.

4. Die Realität der Integration

Wer über die gegenwärtige Verfassung Europas nachdenkt, kann nur über die Tatsache staunen, daß hier – gegen alle offenkundige Realität – *Ideen* wirksam geworden sind. Vor dem geschichtlichen Hintergrund der europäischen Staatenwelt, die jahrhundertlang nur aus ihren Gegensätzen gelebt und sich in zwei noch nicht sehr lange zurückliegenden Kriegen bis an den Rand der Selbstvernichtung gebracht hat, ist die europäische Integration ein Fall von unerhörter Unwahrscheinlichkeit. Nach wie vor kann man sich nur wundern, daß sie überhaupt soweit fortgeschritten ist.

Aber nun es ist tatsächlich soweit: Jetzt kann sie nur noch durch ein Unglück aufgehalten werden – oder durch eine kalkulierte Dummheit der Politik. Man müßte schon sehenden Auges einen irreparablen Schaden wollen, würde man jetzt noch ernsthaft gegen Maastricht opponieren. Das wissen auch die Biedenkopf und Stoiber, die Schröder und Lafontaine, wenn sie ihre verklausulierten Zweifel zum Besten geben; sie wollen Kohl persönlich oder als Kanzler schwächen und beschränken daher ihren Widerstand auf Interviews.

Also können wir nur hoffen, daß die Währungsunion kommt- und zwar termingerecht, um auch den letzten ökonomisch und politisch notwendigen Schritt zu vollziehen, der die politische Union mit einer wirksamen Gesamtvertretung aller europäischen Staaten zu einem bloßen Terminproblem macht. Denn wenn es die selbsterzeugten Sachzwänge nicht gibt, wird es angesichts der ökonomischen Probleme, die derzeit alle Staaten haben, dem Egoismus der Parteien und dem Ehrgeiz

einzelner Politiker ein Leichtes sein, immer neue Einwände gegen die Integration zu erfinden.

Zwar kann sich niemand erlauben, grundsätzlich gegen die Europäische Union zu sein; hier beweist die *Idee* ihre prägende Kraft. Aber die definitive Entscheidung kommt aktuell für die Politiker immer zu früh. Also müssen sie sich im Voraus auf ein Datum verpflichten, das sie unter Zugzwang setzt. Das ist in Maastricht für den 1. Januar 1999 geschehen. Wenn wir diesen Termin verstreichen lassen, mag es für vier oder fünf Jahre später ein neues Zieldatum geben. Aber glaube niemand, daß dann die weniger strengen Kriterien leichter zu erfüllen sind!

Auch die von Wilhelm Hennis heraufbeschworene Gefahr eines voreilig gezimmerten Dachs über unsicherem Fundament,³ verkennt die konsolidierte politische Realität in Mitteleuropa. Natürlich schließt jede Politik Risiken ein. Und daß die Selbsthypnotisierung der deutschen Parteien ein solches Risiko darstellt, wird niemand leugnen. Doch die im europäischen Einigungsprozeß gegenwärtig tatsächlich drohende Gefahr liegt ganz woanders: nämlich in der Ausweitung der Grenzen ohne stabilisierten Kern. Natürlich ist die Integration der Staaten im Osten und Südosten Europas politisch geboten; sie darf aber die Lernprozesse, die wir in Westeuropa hinter uns haben, nicht einfach überspringen. Und sie kann nur gelingen, wenn sich die gute alte EU enger zusammenschließt und dadurch nicht nur hohe ökonomische Kriterien, sondern auch bedeutende institutionelle Ziele setzt.

5. Unverändert unverzichtbar

Was das Faktum der Vereinigung betrifft, so haben die Intellektuellen eigentlich nichts mehr zu sagen. Sie können, sofern sie überhaupt für Europa sind, nur noch zustimmen. Auch wenn ihnen das Zustimmung, das Ja-Sagen bekanntlich schwerer fällt als alles andere, müssen sie einsehen, daß auch Kritik zu spät kommen kann. Angesichts der verschwimelten Einwände, die nun nachgetragen werden, ist das nur zu begrüßen.

Tatsächlich kann nicht in Frage stehen, daß wir, bei allem Respekt vor den nationalen und regionalen Traditionen, größere politische Handlungsräume brauchen. Wie wollen wir die über alle Ländergrenzen hinweg agierenden Wirtschaftsmächte einer politischen Kontrolle unterwerfen, wenn wir die Wirksamkeit des Rechts (und damit die der *Ideen* von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit) auf kleine Territorien beschränken? Zwar wird niemand ernsthaft annehmen, die Globalisierung der Finanz- und Flüchtlingsströme sei durch einen Weltstaat zu regulieren; der dürfte nämlich selbst viel größere Risiken mit sich bringen, als die es sind, zu deren Begrenzung er gefordert wird.

Doch die weltweite Föderation der Staaten, die wir zum Umgang mit den globalen Problemen brauchen, kann nicht über dem Flickenteppich von 186 Einzelstaaten errichtet werden. Deshalb ist die politische, in sich selbst wieder

föderativ verfaßte Organisation kontinentaler Einheiten unumgänglich. Wie diese Einheiten schließlich verfaßt sind, unter welchem „Dach“ sie zusammenfinden, ist selbst eine Frage der politischen Innovation.

Es mag sein, daß wir in Europa, wo es über Jahrhunderte gewachsene, durchaus bewährte politische Strukturen gibt, völlig neue Modelle übernationaler Kooperation entwickeln müssen. Die *Vereinigten Staaten von Europa*, in die unsere Europäische Union eines Tages – trotz der Bedenken, die seit der Konferenz von Amsterdam zu hören sind – so oder so münden muß,⁴ brauchen vermutlich einige völlig neue föderale Verfassungselemente. Denn wie will man an der Selbständigkeit der Einzelstaaten festhalten und zugleich eine gemeinsame Außen-, Finanz- und Wirtschaftspolitik betreiben? Wie will man die Institutionen Europas stärken, ohne ihnen zugleich mehr politische Macht und eine höhere symbolische Präsenz zuzugestehen? Für alles das gibt es bislang noch keine Vorbilder. Aber *Ideen* haben wir dazu in Europa genug. Sie könnten auch die *Werte* mobilisieren, nach denen heute so krampfhaft gesucht wird. Denn für die Jugend ist Europa längst eine *Realität*, die es endlich mit mehr und lebensnäheren Institutionen – und das ist: mit *Geist* – zu füllen gilt. Der Geist Europas aber verlangt bessere Sprachkenntnisse, mehr Austausch und Zusammenarbeit im Bildungswesen, in der Sozial- und Steuerpolitik, mehr grenzüberschreitende wissenschaftliche Projekte und bessere Verkehrswege. Wer überdies neue Ideen hat, möge sie vorbringen! Sie sind immer willkommen, solange sie nicht mit dem Vorbehalt verbunden sind, den Gang der Dinge aufzuhalten. *Ideen*, soviel hat die Philosophie seit Platon gelernt, stehen nicht *vor* der Realität, sondern können nur *in* ihr zur Geltung kommen.

6. Das Beispiel Europas

Nach allem, was im Europa des letzten Jahrtausends geschehen und von Europa ausgegangen ist, kann es selbst kein Vorbild für die anderen Regionen der Erde mehr sein. Die in der Alten Welt seit mehr als tausend Jahren unerbittlich durch-exerzierten Gegensätze zwischen den Landes- und Stammesfürsten, zwischen Kirche und Staat, zwischen den Konfessionen, zwischen den Nationen und schließlich zwischen den hier erfundenen Ideologien machen Europa bestenfalls zu einem Golgatha der Weltgeschichte. Und wenn wir noch hinzurechnen, was an Unglück über andere gekommen ist, dadurch daß die Europäer es nicht nur verstanden haben, mit den von ihnen erfundenen Techniken alle anderen Erdteile zu kolonisieren, sondern auch noch ihre hausgemachten Konflikte zu exportieren, haben wir allen Grund als Europäer mit leiser Stimme zu sprechen.

Aber gerade diese schreckliche Tradition bringt die Verpflichtung mit sich, endlich den Frieden zu praktizieren, von dem vor, in und nach allen Kriegen immer auch die Rede war. Da ein weltweit befolgter friedlicher Übergang von der Koordi-

nation zur Kooperation angesichts der gegenwärtig absehbaren Probleme höchst unwahrscheinlich ist, muß er wenigstens regional in Angriff genommen und durch staatsförmige Organisation gesichert werden. Es ist zu befürchten, daß sich die schnell wachsende Weltbevölkerung alsbald nicht mehr mit der ökonomischen Konkurrenz um die knapper werdenden Ressourcen begnügt. Der steigende innere Problemdruck der Staaten, die Hochrüstung der Militärs, die längst ebenfalls globalisierte und hochgerüstete Kriminalität sowie die Kompromißlosigkeit der unter Modernisierungsdruck geratenen Religionen macht kriegerische Auseinandersetzungen auch im großen Stil zur bequemeren Option für alle, die unmittelbare Machtvorteile wollen.

Dazu aber darf es, wenn Einsicht und Urteilskraft etwas gelten sollen, nicht kommen! Deshalb muß man die globale Verflechtung, in der Ökonomie, Kultur und Politik Hand in Hand zu gehen haben, durch die Gründung kontinentaler politischer Einheiten verstärken. Und da die Europäer sich nach den hinter ihnen liegenden Katastrophen heute wenigstens darin einig sind, daß Kriege nicht länger als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln angesehen werden dürfen, haben sie wenigstens an sich selbst den Übergang der Politik vom Krieg zum Frieden zu exerzieren.

7. Eine unverzichtbare Tradition

Auf uns selbst bezogen, kann dann auch von jenen allmählich gewachsenen Erkenntnissen die Rede sein, die wir Laufe einer langen Geschichte gewonnen haben. Da ist die bis in die Antike zurückreichende Kontinuität ethischer Prinzipien, ohne die wir uns eine Verständigung über die Politik nicht denken können: Schon die erste systematische Schrift über die Politik, Platons *Politeia*, nennt die Gerechtigkeit als das alles andere dominierende Ziel und fordert als Voraussetzung die *Freiheit* der Bürger, ihre *Gleichheit* vor dem Gesetz sowie ihre *Teilhabe* am öffentlichen Meinungs-austausch. Diese *Basisideen* der alteuropäischen Politikkonzeption haben sich bei den nachfolgenden Theoretikern, heißen sie nun Cicero, Augustinus, Marsilius oder Machiavelli, nie verloren. Aber sie haben erst in den neuzeitlichen Staatstheorien von Bodin, Hobbes, Locke, Montesquieu, Rousseau und Kant ihre auf die Individualität eines jeden einzelnen Menschen bezogene Begründung erhalten.

Das geschah in historischer Parallele zum Emanzipationsprozeß des europäischen Bürgertums. Die theoretisch begründeten Prinzipien waren bereits im Prozeß der Ausbildung des modernen Verfassungsstaates wirksam. Und kaum wurden Parlamentarismus, Gewaltenteilung, Menschenrechte und demokratische Repräsentation in ersten Formen praktiziert, da keimte auch schon die Vermutung auf, daß die *Logik der Politik* sich erst in einer *demokratischen Praxis* erfüllt. Die prinzipielle Mitwirkung aller, auf die sich die Politik seit ihren Anfängen stützt, ist tatsächlich auf die Teilhabe aller angelegt.

Schließlich braucht man lediglich die ökonomischen, technischen und sozialen Mittel, damit jeder einzelne die Teilhabe auch ausüben kann, und schon ist die Forderung nach einer rechtsstaatlich abgesicherten parlamentarischen Demokratie unabweisbar. Es sind eben nicht nur die guten Argumente, sondern auch eine mehr als zweitausendjährige Tradition, die für sie spricht. Ja, mehr noch: Es ist die innere Logik des auf individuelle *Freiheit*, *Gleichheit* und *Rechtlichkeit* gegründeten politischen Handelns, mit der die Demokratie zum großen Vermächtnis Europas geworden ist.

So weit war Europa bereits gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Das können wir heute den Verfassungen entnehmen, die sich das selbständig gewordene Amerika und die revolutionäre französische Republik gegeben haben. Der tragische Rückfall hinter diesen Erkenntnisstand, der mit den napoleonischen Kriegen seinen Anfang nahm, hat Europa mindestens hundertfünfzig Jahre gekostet. Erst mit der Gründung der Vereinten Nationen und einer auf die Menschenrechte gegründeten diplomatischen Aktivität, wurden die politisch-ideologischen Atavismen des 19. Jahrhunderts in die Defensive gedrängt. Es liegt in der Konsequenz dieser wiedergewonnenen Einsichten, daß Europa endlich ernst mit seinen guten alten *Ideen* macht. Und dazu gehört, spätestens seit Kants Schrift über den Ewigen Frieden, die *Idee* einer auf das Menschenrecht gegründeten Föderation.

8. Der eurozentrische Selbstverdacht

Aber ist das nicht alles „eurozentristisch“ gedacht? Bekanntlich haben sich Europas Intellektuelle mehr als ein Jahrzehnt mit dem Selbstverdacht gegen ihren vermeintlichen „Eurozentrismus“ abgeplagt. Während man, nach einer wachen Beobachtung Hans-Magnus Enzensbergers, in Hongkong, Tokio und Rio unbeirrt „eurozentristisch“ dachte, haben sich die Denker in Amsterdam, Paris und Turin von ihrer eigenen Logik zu verabschieden gesucht.

Das war gut gemeint, aber historisch völlig ahnungslos. Denn man hätte zur Kenntnis nehmen müssen, daß sich der alteuropäische Geist von Anfang an in bewußter Beziehung zu den real gegebenen und neugierig wahrgenommenen Alternativen entfaltet hat. Was wären die Griechen ohne ihr waches Verhältnis zur ägyptischen, minoischen und persischen Kultur? Wie hätten sie sich ohne die rastlose Kolonisierung der fremden Küsten überhaupt entfalten können? Wir wissen nicht, aus welchen Quellen die Griechen ihren Mythos schöpften: Aber daß ihr Logos ein Produkt der Auseinandersetzung mit dem ist, was ihnen vorher fremd erschien, das ist so gut wie sicher. Die europäische Vernunft hat sich erst dort geregt, wo die Nötigung sich mit dem Reiz verknüpfte, das *Eigene* mit den Augen des *Fremden* zu sehen. Vielleicht ist die Vernunft gar nichts anderes als die Fähigkeit, den Wechsel zwischen dem Eigenen und dem Fremden immer wieder neu zu vollziehen.

Doch wie dem auch sei: Die geistige Tradition Europas hat sich im aktiv betriebenen Austausch mit anderen Kulturen entfaltet. Dabei hat sie sich so viel vormals Fremdes einverleibt, daß es schwer ist, ihr überhaupt mit einem Widerspruch von außen zu begegnen – ganz unabhängig davon, daß sie für solchen Widerspruch jederzeit empfänglich ist. Ja, der Geist Europas hat durch drei Jahrtausende hindurch davon gelebt, durch anderes seiner selbst herausgefordert zu sein. Das läßt sich schon an den Epen Homers belegen und gilt dann durchgehend von der Antike bis zur Renaissance. Von da an aber lebt Europa von seiner exzessiv betriebenen Extroversion, in der es sich alles Fremde einverleibt. Und es kann keine Rede davon sein, Europa habe alles so Erworbene für sich behalten. Die „Europäisierung“ der Welt spricht für das Gegenteil.

Der Begriff des „Eurozentrismus“ ist also eine *contradictio in se*. Er hat natürlich seine moralische Berechtigung, wenn er den Kolonialismus der europäischen Nationen und den Imperialismus ihrer Ökonomie zu ächten sucht. Doch als Bezeichnung der intellektuellen Verfassung der zwar nicht bruchlos, aber dennoch konsequent von Athen bis Silicon Valley reichenden Kultur ist er völlig verfehlt. Das gilt für den Begriff des „Logozentrismus“ ganz analog.

9. Produktivität der inneren Widersprüche

Die gleichermaßen antike wie moderne Vernunft hat jedoch nicht nur im äußeren Verhältnis vom Widerspruch zu anderen Kulturen gelebt; auch in ihrem Selbstverhältnis wurde sie von internen Gegensätzen angetrieben. Der europäische Geist hat sich von Anfang an in Widerspruch zu sich selbst gesetzt. Platons Dialoge vermitteln davon bereits einen komprimierten Eindruck, woraus sich schließen läßt, wie alt der innere Antagonismus des europäischen Denkens ist. Man braucht nur an die im Inneren ausgetragenen Widersprüche zwischen der römischen und der christlichen Weltanschauung, zwischen germanischer und römisch-katholischer Kultur, zwischen jüdischem, islamischem und christlich-mittelalterlichem Geist zu denken, um eine Ahnung davon zu bekommen, daß es die Einheit Europas ohnehin nur in Gegensätzen gab und gibt.

Von diesen Zusammenhängen wissen wir noch viel zu wenig. Sie sind hier nur angedeutet, um kenntlich zu machen, wieviel uns dieses Europa zu denken gibt. Wollten wir mit der politischen Vereinigung warten, ehe wir über diese in Oppositionen produktiv gewordene *Ideengeschichte* objektiv gesicherte Einsichten haben, könnten wir die Vereinigten Staaten von Europa gleich vergessen. Vielleicht ist es dies, was die Kritiker von Maastricht in Wahrheit wollen? Es fällt ja nicht schwer, sie jeweils einer nachgelassenen ideologischen, nationalen oder religiösen *Leitidee* zuzurechnen. Doch das politische Europa hat nur eine Chance, wenn es sich in Anerkennung seiner Vielfalt organisiert.

10. Die eigenen Interessen Europas

Trotz seiner an Gegensätzen, Verwerfungen und Belastungen so reichen Vergangenheit wird es dem politischen Europa niemand verübeln können, daß es von seinen eigenen Interessen ausgeht. Wie groß auch die hinterlassene Schuld der älteren europäischen Politik ist: Der jetzt Verantwortung tragenden Generation muß zugestanden werden, das sie ihre Interessen wahrnimmt und das eigene Haus bestellt. Und wem der Vorwurf gemacht wird, sich unheilvoll in alles Fremde eingemischt zu haben, der tut gut daran, sich auf die eigenen Angelegenheiten zu beschränken.

Wenn diese Angelegenheiten zudem mit solchen Innovationen verbunden sind, wie sie ein politisch integriertes Europa verlangt, wenn sie in Aufgaben besteht, die in der Geschichte einzigartig sind, die der Gegenwart größte Anstrengungen abverlangen und deren Option auf eine bessere Zukunft unbestreitbar ist, dann spricht auch die Ökonomie der politischen Kräfte für eine Konzentration auf Europa.

Dazu aber gehört, daß Europa in den zahl- und einflußreicher werdenden internationalen Einrichtungen endlich mit *einer* Stimme spricht. Schon das schändliche Versagen im jüngsten Krieg auf dem Balkan sollte allen eine Lehre sein. Aber sie wird, wie die Politik gegenüber dem Iran erkennen läßt, einfach nicht gezogen. Die mangelnde politische Geschlossenheit hat Europas Ansehen schwer beschädigt und ihm überdies massive wirtschaftliche Nachteile gebracht.

Die berechenbare Mitwirkung in den internationalen Organisationen dient aber nicht nur dem eigenen Interesse. Die Staaten Asiens, Afrikas und Südamerikas müßten sich verraten fühlen, wenn Europa seine politischen Erfahrungen nicht aktiv einbringen würde. Die nach 1990 noch einmal gewachsene Übermacht der USA verlangt nach einem Gegengewicht ohne Blockbildung. Hier kann ein politisch vereintes Europa in bewährter Freundschaft vermitteln.

Das gilt insbesondere für die Verbindung zu den aus der Sowjetunion befreiten Staaten des Ostens, ist aber auch für das Gleichgewicht innerhalb der NATO lebenswichtig. Denn bei der Osterweiterung der NATO wie auch bei der Modernisierung der Rüstung in den alten Ostblockstaaten zeigt sich ein für Europa bedrohliches Übergewicht der USA. Dem könnte man durch die Schaffung eines politisch vereinten Europas elegant und zwanglos begegnen.

11. Die kommenden Aufgaben

Schließlich gibt es Aufgaben, die heute einfach nicht in der Isolation auf das eigene Terrain zu erfassen, geschweige denn zu regulieren sind. Sie können nur im globalen Zusammenhang angegangen werden. Das gilt für die großen politischen Herausforderungen, die sich auf jedem einzelnen Staatsgebiet auch ohne innere und äußere

Feinde stellen: also für die Ressourcenknappheit, die Verschwendung natürlicher Güter, die Schadstoffbelastung von Luft, Wasser und Erde, der Seuchenschutz, die Bekämpfung der Mafia, die wirtschaftliche Stabilisierung, der Anschluß an die Kommunikations- und Verkehrswege, die lebenswichtige Förderung der Wissenschaften und der Technologien.

Alles dies kann nicht in autarker Selbstbeschränkung angegangen werden. Also kann und darf sich auch Europa nicht aus der Weltgemeinschaft der Staaten und Kulturen heraushalten. Das Faktum der Weltverflechtung ist unbestreitbar. Und es liefe nicht nur auf eine Selbstverletzung der eigenen Interessen hinaus, sich mitten in den internationalen Zusammenhängen zu neutralisieren.

Angesichts dieser Aufgaben verschärft sich natürlich die Frage nach den *Ideen*, mit denen sich Europa seine Zukunft in der Welt erschließt. Sie haben sich in einer offenen Auseinandersetzung zu klären, die der geistigen Tradition Europas würdig sind. Begriffsscharfe Dialektik und Toleranz sind hier nicht zufällig neben einander entstanden. Nur wer die *Ideen* erst vollständig klären wollte, um sie anschließend in Praxis umzusetzen, käme mit Sicherheit zu spät. Je entschiedener wir aber jetzt die politische Einigung Europas vorantreiben, umso mehr wird uns Europa zu denken geben. – Wenn es schon nichts anderes ist, dann sollte wenigstens dies die Intellektuellen reizen.

Anmerkungen

¹ Ernst-Wolfgang Böckenfoerde, Wenn der europäische Stier vom goldenen Kalb überholt wird, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 169 vom 24. 7. 1997, S. 30.

² Den Vorwurf kann man auch Jack Lang nicht ersparen, dessen *Nein zum Vertrag von Amsterdam* (*Le Monde* vom 19. 8. 1997) in der *Neuen Gesellschaft/FrankfurterHefte* (Heft 10/97) auf deutsch erschien.

³ Wilhelm Hennis, Totenrede auf ein blühendes Land, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 225 vom 27. 9. 1997, S. 36.

⁴ Dazu: Manfred Henningsen, Zögerliche Blicke über den großen Teich. Die Gründungsgeschichte der USA und der EU zeigt viele Parallelen, in: *Das Parlament*, 30/31 vom 18./25. 7. 1997.